

Beschluss des Landrats vom 14.09.2023

Nr. 50

15. Baselbieter Runder Tisch Entlastung Notfall UKBB 2023/59; Protokoll: cr

Kommissionspräsidentin **Lucia Mikeler Knaack** (SP) berichtet, das Postulat von Caroline Mall thematisiere das allgemein bekannte Problem, dass die Notfallstation des Universitätskinderspitals beider Basel (UKBB) zu gewissen Zeiten chronisch überlastet sei. Hintergrund ist die Feststellung, dass rund zwei Drittel der dort behandelten Notfälle aufgrund des geringen Schweregrads nicht zwingend auf einer Notfallstation behandelt werden müssten. Die Postulantin fordert den Regierungsrat dazu auf, einen Runden Tisch mit den wichtigsten Baselbieter Akteuren und dem UKBB einzuberufen, damit auf diesem Weg und zwar auf bestehendem Versorgungsauftrag nachhaltige Massnahmen im Kanton erarbeitet und umgesetzt werden können. Der Regierungsrat hat schnell reagiert und einen Zwischenbericht vorgelegt. Im Jahr 2022 sind insgesamt 34'601 Kinder auf dem Notfall des UKBB behandelt worden. Die Mehrheit der Notfälle (64 % bzw. 22'345 Fälle) entfallen auf die Stufe 5, also Notfälle mit weniger dringenden Erkrankungen. Die Stufen 4 und 5 benötigen meistens keine hoch installierte Notfallstation, sondern könnten bei einer niedergelassenen Ärzteschaft, in der Kindertagesklinik in Liestal oder in einer Walk-in-Permanence behandelt werden. Schweizweit wird eine Zunahme der Notfalleintritte registriert. Im April 2023 hat die erste Sitzung des Runden Tisches mit Vertretungen von UKBB, KSBL, Liestaler Kindertagesklinik und Ärztesgesellschaft Baselland stattgefunden. Die wichtigste Erkenntnis zeigt, dass die Einrichtung eines neuen ambulanten Zentrums bzw. einer Permanence die einfachste und schnellste Lösung wäre, um dem Problem Abhilfe zu verschaffen. Idealerweise wäre dieses im Gebäude der UKBB untergebracht; mit Öffnungszeiten zwischen 17 und 22 Uhr könnten damit etwa 1'500 Fälle abgefangen und die Notfallstation entlastet werden.

Die Kommission hat die Vorlage an ihrer Sitzung vom 25. August 2023 in Anwesenheit von Regierungsrat Thomi Jourdan, VGD-Generalsekretär Olivier Kungler, Jürg Sommer, Leiter Amt für Gesundheit, und Tobias Lüscher, zuständig für Controlling der Beteiligungen, behandelt. Eintreten war unbestritten. Die Kommission befürwortet mehrheitlich die Schaffung eines zusätzlichen Angebots. Das dieses jedoch zwingend in der Stadt, im Perimeter oder im Gebäude des UKBB sein muss, ist nicht allen Mitgliedern als absolut notwendig erschienen. So wurde argumentiert, dass zum Beispiel die Kindertagesklinik in Liestal einen grossen Teil der Notfälle auf dem Land abfangen könnte. Ein Kommissionsmitglied brachte auch die Möglichkeit eines Joint-Ventures zwischen der Kindertagesklinik und dem KSBL ins Spiel. Diese Verdoppelung war allerdings am Runden Tisch bereits besprochen und als wenig sinnvoll erachtet worden, da weder die Kindertagesklinik noch das KSBL über die entsprechenden medizinischen Geräte und entsprechend geschultes Personal verfügt. Unbestritten war in der Kommission hingegen, dass es wichtig ist, dass das UKBB die erste Anlaufstelle für pädiatrische Notfälle ist und bleibt. Es ist anspruchsvoll, den Eltern zu kommunizieren, sie sollen mit ihrem zum Beispiel aus der Nase blutenden Kind nicht ins UKBB, sondern nach Liestal fahren. Was, wenn hinter dem Nasenbluten eben doch mehr steckt? Dadurch würde der Fall 5 zum Fall 1. Die Eltern gehen vermutlich aus Angst oder Unsicherheit sowieso eher ins UKBB. Es blieb für einige Kommissionsmitglieder aber weiterhin fragwürdig, dass eine Permanence zwingend am UKBB sein soll. Vor allem, weil damit der Strom vom Land nach Basel nicht weniger wird. Daher solle vor allem versucht werden, die hohe Zahl der Kategorien 4 und 5 zu reduzieren. Dies gelingt nur über Sensibilisierung und Information. Man müsste versuchen, die Eltern dazu zu bringen, jeweils etwas abzuwarten, und ihre Selbstkompetenz fördern, damit sie Anzeichen besser einschätzen lernen und bewusst statt nicht überstürzt handeln und vielleicht auch am nächsten Tag bei der niedergelassenen Ärzteschaft vorbeigehen. Ausserdem gibt es die

Medizinische Notfallzentrale. Sie ist eine wichtige Institution. Die Kommission hat davon Kenntnis genommen, dass über sie besser informiert werden soll (Telefonnummer 061 261 15 15). Einige Mitglieder haben das zusätzliche Angebot auch kritisch hinterfragt, da es zu Mehrbeanspruchung führen könne. Wie die Kommission an der Sitzung erfuhr, ist das UKBB bereits dabei, ihr Platz- und Ressourcenproblem auf der Notfallstation zu lösen. Es entsteht nämlich im nordöstlichen Teil des UKBB (Ecke Spitalstrasse/Schanzenstrasse) ein drei Zimmer umfassende Permanence, ähnlich den Notfallpraxen in Spitälern für Erwachsene. Die Idee ist, dass eintreffende Kinder noch in der Notfallstation triagiert werden. Die weniger dringenden und weniger schweren Fälle werden in die Permanence weitergeleitet. Für Patientinnen und Patienten beziehungsweise Eltern ist die Lösung also weder sichtbar, noch in der Behandlung spürbar. Intern wird die Lösung als eine Prozessoptimierung verstanden. Das heisst, dass es für dieses Angebot kein zusätzliches Personal braucht. Das Vorgehen entspricht somit dem Wunsch der Teilnehmenden des Runden Tisches. Der Kommission ist ebenfalls bewusst, dass es die schnellste und einfachste Lösung wäre, um erste Massnahmen gegen das wirklich drängende Problem des überlasteten Notfalls zu treffen. Trotzdem waren einige Mitglieder perplex, weil sie sich vor vollendete Tatsachen gestellt fühlten. Der Fokus liegt darauf, ob das Problem eher örtlich oder inhaltlich gelöst werden soll. Ob es parallel dazu in Liestal oder wo auch immer andere Massnahmen braucht und wie und ob sich der Kanton mittels einer Sensibilisierungskampagne einsetzt, muss der weitere Verlauf zeigen. Die Anliegen der Kommission werden in den weiteren Runden des Runden Tisches eingebracht und dort einbezogen. Die Kommission beantragt mit 13:0 Stimmen Kenntnisnahme des Zwischenberichts.

– *Eintretensdebatte*

Landratspräsident **Pascal Ryf** (Die Mitte) gibt bekannt, die SVP-Fraktion beantrage die Durchführung einer Eintretensdebatte. Über diesen Antrag wird laut der Geschäftsordnung sofort und ohne Diskussion abgestimmt. Der Beschluss erfordert ein 2/3-Mehr.

://: Mit 47:38 Stimmen wird dem Antrag auf Durchführung einer Eintretensdebatte zwar zugestimmt, das 2/3-Mehr (57 Stimmen) wird dabei jedoch verfehlt.

://: Eintreten ist unbestritten.

– *Beschlussfassung*

://: Mit 71:11 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird vom Zwischenbericht zum Postulat 2023/59 «Baselbieter Runder Tisch Entlastung Notfall UKBB» Kenntnis genommen.
